

6/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

SPD-Wortbruch

Sozialdemokraten streben in Berlin eine rot-grüne Koalition an

Erneut begeht die SPD Wortbruch: Obwohl ihr Berliner Spitzenkandidat Momper vor der Wahl beteuert hatte, mit der Alternativen Liste kein rot-grünes Bündnis einzugehen, ist nunmehr klar, daß die SPD in Berlin auf eine Koalition mit der AL zusteuert. Daran gibt es nach der SPD-Absage an eine mögliche große Koalition mit der CDU sowie dem ergebnislos verlaufenen Gespräch zwischen dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und Momper keinen Zweifel.

Damit erweist sich erneut, daß die SPD vor der Wahl anders redet als hinterher:

Vor der Wahl:

- „Wer AL wählt, bewirkt Unsicherheit und Instabilität.“ (Wahlauf Ruf des SPD-Präsidiums am 23. Januar 1989)
- SPD-Spitzenkandidat Momper am BILD-Telefon: „Keine Koalition mit der AL“ (BILD, Berlin, 25. Januar 1989), und noch am Wahlabend beteuerte er im ZDF: „Mit mir keine Koalition mit der AL.“

Nach der Wahl:

Inzwischen verhandelt SPD-Momper mit den radikalen Alternativen über eine rot-grüne Koalition. Mit wem sitzt er da eigentlich zusammen? Die Berliner AL hat in ihrem Wahlprogramm unter anderem gefordert: ● Austritt aus der NATO, ● Verzicht auf die Wiedervereinigung, ● Abzug der westlichen

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

- **Steuern**
Steuerreform entlastet dauerhaft. Von Hansjörg Häfele. Seite 3
- **Ursula Lehr**
Ältere Menschen sind keine Problemgruppe. Seite 6
- **Wohnungspolitik**
Sozialer Wohnungsbau wird weiter gefördert. Seite 8
- **Konjunktur**
Jahreswirtschaftsbericht: Dynamischer Start in das Jahr 1989. Seite 11
- **Bundeswehr**
Werkstattgespräch „Bundeswehr '89: Sinn, inneres Gefüge, Zukunft“. Seite 13
- **Europawahl**
„Deutschland am Wochenende“: Wir suchen aktive Helfer. Seite 18
- **Dokumentation**
Deutschlands Zukunft heißt Europa. Auszüge aus den Reden in der Europa-Debatte des Bundestages. Grüner Teil

Was in Berlin geschieht, ist die Neuauflage des Wortbruchs von 1985 in Hessen!

Alliierten aus Berlin, ● Abbau und Entwaffnung der Polizei sowie Abschaffung des Verfassungsschutzes, ● Öffnung der Gefängnisse.

Berlins Regierender Bürgermeister **Eberhard Diepgen** erklärte dazu: „Die SPD hat sich offenbar entschieden, alle Möglichkeiten einer rot-grünen Koalition mit der AL zu nutzen. Sie hat sich offensichtlich nicht entschieden, eine Politik der Mitte anzustreben. Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe: Parallelverhandlungen der SPD mit AL und CDU wird es nicht geben. Eine Gleichwertigkeit zwischen CDU und AL ist für die Stadt und für uns als Partei eine Zumutung. Aus der Geschichte des freien Berlin verbietet

Der Wortbruch von Hessen

VOR DER WAHL sagte SPD-Ministerpräsident **Börner**: „Mit denen nicht. Ich bin Naßrasierer und möchte morgens in den Spiegel sehen, ohne mich anspucken zu müssen. Ich verkaufe meine Seele nicht.“

(Zitiert nach Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, 15. September 1983)

NACH DER WAHL beging die SPD Wortbruch. Die Folgen für Hessen: Regierungsunfähigkeit, Investitionsblockade, Müllnotstand, Energieprobleme und schließlich nach anderthalb Jahren rot-grünem Durcheinander der Bruch des Bündnisses.

sich eine Regierungsbeteiligung der AL. Herr Momper muß rechtfertigen, warum er sein vor der Wahl gegebenes Wort brechen will.

Herr Momper interpretiert das Wahlergebnis offensichtlich als Auftrag der Wähler, der SPD von allen Seiten meistbietend Angebote unterbreiten zu lassen. Verantwortungsvolle Politik ist aber keine Versteigerungsaktion.

Die politischen Weichenstellungen der SPD sind so weit verschoben, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Zusammen-

arbeit von CDU und SPD schwer vorstellbar ist. Ein Selbstbesinnungsprozeß innerhalb der Berliner Sozialdemokratie ist notwendig. Die Mehrheit der Berliner erwartet von der SPD eine klare Absage an die AL. Herr Momper kann wiederkommen, wenn er mit der AL Schluß gemacht hat. Für uns geht es um das Wohl der Stadt. Die CDU verweigert sich auch in Zukunft nicht. Aber wir ziehen aus dem Wahlergebnis auch den Schluß, eine sachgerechte und verantwortungsvolle Opposition zu gestalten.“

Pressestimmen

„Berlins Zeitungen veröffentlichen immer wieder Leserbriefe, in denen Momper an seine Äußerung, die AL sei für ihn nicht koalitionsfähig, erinnert wird. Redaktionen berichten von zahllosen Telefonanrufen. Ernst Reuter würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er wüßte, daß seine Enkel mit Leuten paktieren, zu deren Klientel gewalttätige Polit-Chaoten gehören, heißt es.“ **Frankfurter Neue Presse**

„Das Katz-und-Maus-Spiel um die Regierungsbildung wolle er beenden, teilte Berlins SPD-Chef **Walter Momper** in seiner Gespächeinladung an **Eberhard Diepgen** mit. Die Hauptrolle in diesem, für alle Beteiligten quälenden politischen Intermezzo spielen aber die Sozialdemokraten selbst — insbesondere ihr blauäugig wirkender Vorsitzender. Wer sich mit der politischen Struktur der Alternativen Liste auch nur oberflächlich beschäftigt hat, weiß, daß die Gesetze der politischen Berechenbarkeit, die Momper so eloquent einfordert, auf die Öko-Partei wie ein rotes Tuch wirken müssen.“

General-Anzeiger, Bonn

Steuerreform entlastet dauerhaft

Der Kern der Steuerreform ist der neue arbeits- und mittelstandsfreundliche Lohn- und Einkommensteuertarif. Er ist ein bedeutsamer Fortschritt. Die Opposition tut sich schwer, ihren Frieden mit dem Tarif zu machen. In letzter Zeit sammelte sie mit Hilfe von parlamentarischen Anfragen Erkennt-

**Von Hansjörg Häfele,
Parlamentarischer
Staatssekretär beim
Bundesminister der Finanzen**

nisse zur Entwicklung der Steuereinnahmen von 1982 bis 1992. Ziel dieses Eifers ist der Versuch, in einem 10-Jahres-Vergleich die kräftigen und dauerhaften Entlastungswirkungen der dreistufigen Steuerreform 1986/1988/1990 zu verwischen. Nun kann man mit der Statistik bekanntlich alles und nichts beweisen, wenn man nur die Bezugs- und Endpunkte passend zur vorgefaßten Meinung wählt.

Die Bundesregierung hält sich in ihren Aussagen über die Wirkungen der dreistufigen Steuerreform an die Vergleichsjahre 1985 und 1990. 1985 war das letzte Jahr vor der Steuerreform mit dem SPD-Steuertarif von 1981. 1990 ist das erste Jahr nach vollem Inkrafttreten der Steuerreform mit dem neuen arbeits- und mittelstandsfreundlichen Steuertarif. Diesen sachlichen Vergleich hat die Opposition bisher nicht übernommen und immer mit Teilvergleichen die starke Entlastungswirkung der Steuerreform insgesamt in Abrede gestellt, zum Beispiel im Vergleich 1988 mit 1987 oder 1990 mit 1989.

Der neue Versuch, mit Hilfe von Langzeitbetrachtungen die dauerhaften Vorzüge der Steuerreform für die arbeitenden Bürger, die Betriebe und unsere ganze Volkswirtschaft abzuwerten, erscheint schon angesichts umfangreicher Steuererhöhungsvorschläge aus den Reihen der Opposition und ohne einen eigenen schlüssigen steuerpolitischen Gesamtplan wenig überzeugend. Tatsache bleibt indes, daß die Steuerpolitik seit 1982 zu einer umfangreichen und dauerhaften Senkung der direkten Steuern führt und auch durch einen beachtlichen Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Sonderregelungen die Rahmenbedingungen für eine gute Wirtschaftsentwicklung gestärkt hat.

Fast 50 Milliarden DM Steuersenkung 1990 gegenüber 1985

Es ist eine Tatsachenverdrehung, wenn die Opposition behauptet: „Die Steuerzahler werden 1990 134 Milliarden DM mehr Steuern zahlen als 1982 — und nicht 50 Milliarden DM weniger.“ Die Bundesregierung hat zu keiner Zeit das abwegige Vorhaben verfolgt, das Steueraufkommen 1990 um 50 Milliarden DM unter den Stand von 1982 zu senken. Wenn das Bruttosozialprodukt um 665 Milliarden DM wächst, kann die absolute Steuerlast nicht sinken. Nicht zuletzt die SPD-geführten Bundesländer und Gemeinden stellen an die Bundesregierung immer wieder die Forderung, einen wachsenden Anteil bei den Steuereinnahmen sicherzustellen. Die Finanzpolitik der Bundesregierung hat die Steuerzahler entlastet und zugleich die

Lage der öffentlichen Haushalte erheblich verbessert. Besonders erfreulich ist dabei die insgesamt günstige Entwicklung der Gemeindehaushalte. Die Steuereinnahmen der Gemeinden haben 1988 deutlich stärker zugenommen als beim Bund und bei den Ländern.

Niedrigere Steuerquote

Nach den geltenden mittelfristigen Vorausschätzungen erhöht sich im 10-Jahres-Zeitraum von 1982 bis 1992 das Steueraufkommen um 49 Prozent und damit erheblich geringer als das Bruttosozialprodukt, das im gleichen Zeitraum um 53,9 Prozent steigt.

Im Ergebnis dürfte die volkswirtschaftliche Steuerquote — einschließlich der maßvollen Anhebung einiger Verbrauchsteuern — 1992 mit knapp 23 Prozent deutlich niedriger als die Steuerquote von 23,7 Prozent im Jahre 1982 sein. 1990 werden wir voraussichtlich sogar die niedrigste Steuerquote seit 1960 haben. Die Steuerpolitik der Bundesregierung hat also dazu geführt, daß die Steuerbelastung über einen längeren Zeitraum langsamer als die volkswirtschaftliche Leistung zunimmt. Das bedeutet eine dauerhafte Abschwächung des Steuerdrucks.

Senkung der Durchschnittsbelastung

Die Behauptung der Opposition, die Arbeitnehmer würden nicht dauerhaft entlastet und der „Marsch in den Lohnsteuerstaat“ ginge weiter, ist unzutreffend. Das Gegenteil trifft zu. Natürlich wirkt sich vorteilhaft für das Steueraufkommen die inzwischen erheblich gestiegene Zahl der Erwerbstätigen aus, die seit

„... für mich ist der ein schlechter Kaufmann, der dauernd vor seinem Laden nach der Stammkundschaft ruft und damit möglicherweise die Laufkundschaft verprellt. Wenn er klug ist, nimmt er mit, was er an Kundschaft kriegen kann. Das gilt auch für die CDU. Sie braucht ihre Stammkundschaft und behandelt sie deshalb pfleglich, muß aber zugleich um möglichst viel Laufkundschaft werben, damit ihr Warenangebot breit angenommen wird.“

Lothar Späth

dem Beschäftigungstiefstand im Jahre 1983 womöglich auf eine Million steigt. Die von der Bundesregierung mitgeteilten Beispielsfälle belegen, daß die Durchschnittsbelastung der Arbeitnehmer 1990 in der Regel niedriger als 1982 ist — und das bei Einkommen, die um knapp 30 Prozent zugenommen haben! Steuerpflichtige mit Kindern sind besonders kräftig entlastet worden.

Leistungsfreundliches Steuerrecht

Dabei ist für ein leistungsfreundliches Steuerrecht die Grenzsteuerbelastung noch bedeutsamer als die Durchschnittsbelastung. Der neue arbeits- und mittelstandsfreundliche Einkommen- und Lohnsteuertarif wird ab 1990 eine kräftige und dauerhafte Milderung der Grenzsteuerbelastung bringen.

Eine Fortschätzung der Arbeitnehmerverdienste über 1990 hinaus zeigt, daß auch 1992 trotz weiterer Einkommenssteigerungen die Durchschnittsbelastung überwiegend — vor allem bei den Steuerpflichtigen mit Kindern — kleiner oder

nicht höher als 1982 ist — trotz um etwa ein Drittel höherer Einkommen.

In welchem Ausmaß die Steuersenkungspolitik die Arbeitnehmer 1992 entlastet, zeigt ein Vergleich mit der Lohnsteuerbelastung, die bei Fortgeltung des alten, bis 1985 geltenden Steuertarifs eingetreten wäre:

Durchschnitts-Lohnsteuerbelastung 1992

	nach geltendem Recht (Tarif 90)	nach altem Steuerrecht (Tarif 81—85)
	— Prozent —	

1. Durchschnittsverdiener

● Steuerkl. I (ledig)	17,1	22,1
● Steuerkl. III/0 (verh.)	10,2	12,5
● Steuerkl. III/2 (verh., 2 Kinder)	7,4	12,2

2. Industriearbeiter

● Steuerkl. I	17,7	23,3
● Steuerkl. III/0	10,8	13,3
● Steuerkl. III/2	8,1	12,7

3. Angestellter

● Steuerkl. I	20,6	28,2
● Steuerkl. III/0	13,8	16,7
● Steuerkl. III/2	11,5	15,4

1992 bewirkt also die dreistufige Steuerreform im Vergleich zum alten Steuerrecht eine Senkung der Durchschnittsbelastung bei Arbeitnehmern um bis zu knapp 7½ Prozentpunkte. Damit bestätigt sich, daß der arbeits- und mittelstandsfreundliche Einkommensteuertarif 1990 die Lohn- und Einkommensteuerzahler nicht nur für ein Jahr, sondern auch bei weiter wachsenden Löhnen und Gehältern, beruflichem Aufstieg und unternehmerischem Erfolg auf Dauer entlastet.

Personalausweise

Zahlungsboykott unverantwortlich

Die SPD hat einen neuen Streit vom Zaun gebrochen: Die Kosten der neuen Personalausweise seien zu hoch. Einzelne Städte und Gemeinden haben gegen die von der Bundesdruckerei für die Personalausweise geforderten Preise mit Zahlungsboykotts reagiert. Wenn die SPD öffentlich volles Verständnis für dieses Verhalten bekundet — so der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster —, dann beweist sie wieder einmal billigen Opportunismus.

Die Bundesdruckerei in Berlin berechnet den Gemeinden seit Januar 1988 bei der Ausstellung der neuen Personalausweise pro Stück 11,90 DM. Dem steht ein Gebührenaufkommen für die Gemeinden pro Ausweis von 10 DM gegenüber.

Bei der Bewertung dieser Kosten ist zu berücksichtigen, daß die Gemeinden die Kosten für die Ausstellung des früheren Personalausweises in vollem Umfang selbst zu tragen hatten. Bis zur Einführung des neuen fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises fielen für die Gemeinden jeweils 2,50 DM für die Anschaffung des Ausweisheftes an. Dafür und für die Kosten der in der Gemeinde zu vollziehenden Ausstellung des Ausweises erhielten die Gemeinden weder Gebühren von den Bürgern noch irgendeine Kostenerstattung durch den Bund.

Vor diesem Hintergrund quasi zum Zahlungsungehorsam aufzurufen, ist — bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, die Kostenentwicklung genau zu beobachten — nicht zu verantworten.

Bundesministerin Ursula Lehr: Ältere Menschen keine Problemgruppe

Politik für ältere Menschen darf nicht von einem „Defizit-Modell des Alterns“ ausgehen. Die Mehrzahl der älteren Menschen ist nicht „arm, krank oder gar pflegebedürftig“, sondern durchaus kompetent, d. h. in der Lage, das eigene Leben selbstverantwortlich zu gestalten. Politik für, mit und von älteren Menschen ist Querschnittsaufgabe für Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Familienpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, Gesundheitspolitik, Verkehrspolitik, Wohnungsbaupolitik usw.

Eine solche Politik muß die Prinzipien „Wahlfreiheit“ und „Reversibilität“ zur Grundlage haben. Wahlfreiheit z. B. bei einer Flexibilisierung des Berufsaustritts (frühzeitiger Austritt, gleitender Übergang, späterer Austritt). Reversibilität bedeutet, daß einmal getroffene Entscheidungen wieder rückgängig gemacht werden können. Zum Beispiel sollte es nach dem Einzug in ein Altenheim wieder ein Zurück in die eigene Wohnung geben können.

Die Menschen haben eine höhere Lebenserwartung als je zuvor. Diese Langlebigkeit verpflichtet jedoch jeden einzelnen, die Familien und die Gesellschaft, alles zu tun, um ein körperliches und seelisch-geistiges Wohlbefinden bis ins hohe Alter zu ermöglichen.

Als konkrete politische Aufgaben ergeben sich:

- Gesundheitspolitik für ältere Menschen darf nicht erst im höheren Alter ansetzen, denn gesundheitliche Einschränkungen in höherem Lebensalter

beruhen häufig auf einer falschen Lebensweise in jüngeren Jahren. Prävention muß daher verstärkt gefördert werden, z. B. durch eine Veränderung der Lebensweise (Verzicht auf Rauchen sowie auf Alkohol, Arzneimittel- und Drogenmißbrauch; gesündere Ernährung; regelmäßige ärztliche Untersuchung; sportliche Betätigung etc.). Zu

Bundesfamilienministerin Lehr zu Perspektiven der Politik für ältere Menschen

unterscheiden ist die primäre Prävention (vor dem Auftreten von Krankheiten) von der sekundären Prävention (nach dem Auftreten von Krankheiten zur Vermeidung von Rückfällen).

- Rehabilitationsmaßnahmen sind auszubauen, damit Pflegebedürftigkeit weitgehend vermieden bzw. verringert wird.

- Geriatrische Tageskliniken, die die notwendige Rehabilitation auf ambulanter Basis fortsetzen, sind einzurichten und auszubauen.

- Dringend notwendig sind neue Untersuchungen zur differenzierten Erfassung von Pflegebedürftigkeit. Dringend erforderlich ist aber auch ein umfassender Bericht zur Situation der älteren Generation in der Bundesrepublik.

- Bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in der Altenpflege müssen geschaffen werden. Alle Bundesländer sollten das Schulgeld für die Altenpflegeausbildung abschaffen und langfristige Ausbildungsvergütungen für Altenpflegeschüler einführen.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Allgemeine Aufgaben der Gesellschaft für die älteren Bürger

Das vorherrschende Bild vom älteren Menschen sollte der Realität angepaßt werden. Einseitig positive wie auch einseitig negative Verzerrungen schaden nur. Ein einseitig negatives Altersbild kann zu Fehleinschätzungen der älteren Bevölkerung führen. So ist eine ausschließliche Konzentration auf das Problem der Pflegebedürftigkeit nicht dazu geeignet, der Komplexität der Altersprozesse gerecht zu werden. Nur wenn der Blick auch auf die Kompetenzen vieler älterer Menschen gerichtet wird, besteht die Chance, wichtige Potentiale und Fähigkeiten der Älteren zu nutzen und nicht brachliegen zu lassen.

- Die Medien sollten ein realistisches Bild des älteren Menschen in der Öffentlichkeit zeigen.
- In den Schulen sollte eine nicht an einem Defizit-Modell orientierte Grundinformation über Alternsprozesse vermittelt werden. Ebenso sollte bereits in der Schule über den Zusammenhang zwischen persönlicher Lebensweise und den Folgen für den Alternprozeß besonders im Hinblick auf die Gesundheit aufgeklärt werden.
- Älteren Menschen müssen genügend Mitwirkungsmöglichkeiten im politischen Bereich, d. h. in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden gegeben werden. Dabei darf die Schaffung spezieller Interessenvertretungen für die ältere Generation

„Der Egoismus hat zugenommen. Vielleicht ist auch das eine Wohlstandsentwicklung. Das Denken in Kategorien der Gemeinschaft hat abgenommen. Wir haben Solidaritätsdefizite.“
Norbert Blüm

nicht zu ihrer Verdrängung aus den sonst altersgruppenunabhängigen Gremien und Aktivitäten führen.

- Ältere Menschen nehmen bereits wichtige Funktionen in Vereinen, Verbänden, kirchlichen Organisationen und Parteien wahr. Sie verfügen in der Regel über genügend Zeit und entsprechende organisatorische Erfahrung. Dies gilt es zu nutzen und zu fördern.
- Es gibt bereits eine Reihe von Expertendiensten, in denen ältere Menschen jüngeren ihr „Erfahrungswissen“ zur Verfügung stellen, ihnen bei der Gründung einer eigenen Existenz oder auch bei der Suche nach Lehr- und Arbeitsstellen helfen. Diese Dienste sind auszubauen und zu fördern, damit alle, die sich engagieren wollen, sich auch engagieren können.

Abbau der Jugendarbeitslosigkeit

Zum Jahresende 1988 waren 91.800 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos gemeldet, 25 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen von 20 bis 25 Jahren reduzierte sich um 15 Prozent.

Realer Rentenzuwachs auch 1989

Nach dem Entwurf des Renten Anpassungsgesetzes werden die Renten zum 1. Juli 1989 um effektiv 2,34 Prozent steigen.

„Die Menschen in unserem Land neigen immer stärker dazu, politische Vorhaben der Regierung auf die Frage zu reduzieren: Was nützt es mir?“
Alfred Dregger

Sozialer Wohnungsbau weiter gefördert

Die Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland weist durchaus noch Lücken auf. Obgleich insgesamt mit 26 Millionen Wohneinheiten ein noch nie dagewesener Standard erreicht wird und wir im internationalen Vergleich hervorragend abschneiden, muß Wohnungspolitik fortgeschrieben werden.

Schwierigkeiten, eine angemessen große und bezahlbare Bleibe zu finden, haben vor allem Personenkreise mit schmalen Geldbeutel: Arbeitslose, kinderreiche Familien und Alleinerziehende, Aussiedler und Ausländer, Studenten und Auszubildende bedürfen der Fürsorge.

Für diese Menschen, die unbedingt auf Mietwohnverhältnisse angewiesen sind, stellt seit jeher das Wohngeld das zen-

Bedürftige nicht allein lassen

trale und treffsichere Instrument der sozialen Absicherung dar. Insbesondere in Zeiten angespannter Wohnungsmarktlage und derzufolge tendenziell höherer Mietsteigerungsraten dürfen sie nicht allein gelassen werden.

Für die auf Individualförderung ausgerichtete Wohnungspolitik des Bundes heißt die Konsequenz:

- Vorlage und Verabschiedung der siebten Wohngeldnovelle noch in dieser Legislaturperiode und
- Einführung einer sechsten Gemeindegrößeklasse für Kommunen mit höchsten Mietsteigerungsraten.

Der von der SPD demagogisch verkündete Wohnungs-„Notstand“ — so Hannelore Rönsch, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — entbehrt allerdings jeder Grundlage. Zwar muß sich die Bundesregierung des sozialen Wohnungsbaus annehmen, doch die Auflage milliarden-schwerer Sozialbauprogramme steht nicht zur Diskussion.

Ausschlaggebend für den aktuell hohen Bedarf an Wohnraum ist vor allem der immense Einkommensanstieg der vergangenen Jahre. Um mehr als zwölf Prozent

SPD-Demagogie vom „Wohnungsnotstand“ ohne Grundlage

kletterten die verfügbaren Nettoverdienste von 1986 bis 1988 und lösten damit auf dem Wohnungsmarkt einen Nachfrageschub aus, mit dem die Angebotsseite nicht Schritt halten konnte. Neuen Wohnraum bereitzustellen, erfordert eben gegenüber der Konsumgüterproduktion wesentlich mehr Zeit und Kapitalbindungen über Jahrzehnte.

Dabei haben die privaten Investoren mittlerweile den Wohnungsmarkt wieder entdeckt. Die Baugenehmigungen sind von Januar bis November 1988 um 11,1 Prozent gestiegen, bei Mehrfamilienhäusern lag der Zuwachs gar bei 18,3 Prozent. Wenn mittelfristig wieder mit einer allgemeinen Entkrampfung des Wohnungsmarktes gerechnet werden darf, so liegen hier die Ursachen.

Die Aufgabe der Wohnungspolitik ist es auch, den Investoren gute Rahmenbedingungen bereitzustellen. Handlungsbedarf besteht gegenwärtig weiterhin bei der Verbesserung steuerlicher Abschreibungsmöglichkeiten für den Mietwohnungsbau. Er sorgt für die größte Entlastung und verdient deshalb die volle Unterstützung.

Handelskonzern co op

Neues Kapitel in der langen Reihe sozialistischer Mißwirtschaft

Noch sind die Folgen der ans Kriminelle grenzenden Finanzmachenschaften der Neue-Heimat- und Gewerkschaftsfunktionäre nicht aus der Welt geräumt, und noch leiden deutsche Mieter unter dem von diesem Konzern verursachten Mangel an preiswerten Wohnungen in der Bundesrepublik, da zeichnet sich ein neuer großer Skandal in der Gemeinwirtschaft ab. Funktionäre der co op sollen in Milliardenhöhe die Verschuldung ihres Konzerns verschleiern und die Bilanzen gefälscht haben. Die staatsanwaltschaftliche Ermittlung erstreckt sich auch auf den Vorwurf privater Bereicherung.

Wieder einmal muß damit gerechnet werden, daß Gewerkschaftsfunktionäre — die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen erstrecken sich auch auf das Jahr 1985, als co op noch zur Gewerkschaftsholding BGAG gehörte — ihren Aufsichtspflichten gegenüber ihren eigenen Unternehmen nicht nachgekommen sind.

Seit fünf Jahren gibt die Neue Heimat Geschäftsberichte heraus, aus denen nicht zu klären ist, wie die Eigentumsverhältnisse in dem Konzern sind. Und auch bei co op ist offenbar versucht worden, die Konzernstruktur so undurchsichtig zu machen, daß die Eigentumsverhältnisse eindeutig nicht zu klären sind.

Nach Neuer Heimat, Volksfürsorge, Bank für Gemeinwirtschaft, nach den Zeitungen „Welt der Arbeit“ und „Vorwärts“ wird mit dem Fall co op der langen Reihe sozialistischer Mißwirtschaft ein neues Kapitel hinzugefügt. Bei co op

sind jetzt 50.000 Arbeitnehmer betroffen. Ihre Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion — so deren erster Parlamentarischer Geschäftsführer, Rudolf Seiters — erwartet auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund, daß er an der lückenlosen Aufklärung dieser Vorgänge mitwirkt und daß — anders als bei der Neuen Heimat — die Rechte der hier betroffenen Arbeitnehmer gewahrt werden.

Schadstoffarmes Auto im Vormarsch

Zum 1. Dezember 1988 waren in der Bundesrepublik Deutschland bereits 5,4 Mio. schadstoffarme Pkws zugelassen, davon 3,3 Mio. Katalysatorfahrzeuge und von diesen wiederum 2,0 Mio. Fahrzeuge mit geregeltm Dreibegekatalysator. Bei den Neuzulassungen von Pkw hat sich der Anteil schadstoffreduzierter Modelle auf 95 Prozent erhöht. Von den im Oktober 1988 neu zugelassenen Fahrzeugen mit Ottomotor waren 45 Prozent mit der z. Z. besten Technik, dem geregelten Dreibegekatalysator, ausgestattet.

Höchster Bleifreianteil

Der Beitrag bleifreien Benzins am Gesamtabsatz von Vergaserkraftstoff hat sich von 0,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 1985 über 11,0 Prozent im Jahre 1986 und 25,7 Prozent im Jahre 1987 auf 44,2 Prozent im Jahresdurchschnitt 1988 erhöht.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In ihren Ämtern bestätigt...

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Parlamentarischen Geschäftsführer **Rudolf Seiders**, (1. Parl. Geschäftsführer), **Friedrich Bohl** und **Ingrid Roitzsch** sowie als Justitiar **Manfred Langner** für weitere zwei Jahre in ihrem Amt bestätigt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Stellvertreter des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Wolfgang Bötsch**, ist für die Dauer der ganzen Legislaturperiode gewählt.

Als Stellvertretende Fraktionsvorsitzende bestätigt:

Paul Laufs für den Arbeitsbereich 1 (Recht, Inneres, Umwelt und Sport),
Hansheinz Hauser für den Arbeitsbereich 2 (Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Verkehr; Post und Fernmeldewesen; Raumordnung, Bauwesen und Städtebau),
Otto Zink für den Arbeitsbereich 4 (Arbeit und Soziales, Jugend, Familie Frauen und Gesundheit),
Volker Rühle für den Arbeitsbereich 5 (Auswärtiges; Verteidigung; Deutschlandpolitik; Berlinfragen; Wirtschaftl. Zusammenarbeit) und
Roswitha Verhülndonk für den Arbeitsbereich 6 (Forschung und Technologie; Bildung und Wissenschaft).
Karl Heinz Spilker für den Arbeitsbereich 3 (Finanzen, Haushalt, Steuern) wurde am 13. Februar 1989 in der Landesgruppensitzung der CSU in Bonn gewählt.

Die Sprecher und Vorsitzenden der Arbeitsgruppen sind:

Fritz Wittmann (CSU)
 (AG 1: Recht),
Johannes Gerster (CDU)
 (AG 2: Inneres),
Matthias Wissmann (CDU)
 (AG 3: Wirtschaft),
Egon Susset (CDU)
 (AG 4: Ernährung),
Günter Straßmeir (CDU)
 (AG 5: Verkehr),
Gerhard O. Pfeffermann (CDU)
 (AG 6: Post),
Dietmar Kansy (CDU)
 (AG 7: Raumordnung),
Michael Glos (CSU)
 (AG 8: Finanzen),
Manfred Carstens (Emstek) (CDU)
 (AG 9: Haushalt),
Horst Günther (CDU)
 (AG 10: Arbeit und Soziales),
Paul Hoffacker (CDU)
 (AG 11: Jugend, Familie),
Michaela Geiger (CSU)
 (AG 12: Auswärtiges),
Bernd Wilz (CDU)
 (AG 13: Verteidigung),
Eduard Lintner (CSU)
 (AG 14: Deutschlandpolitik),
Winfried Pinger (CDU)
 (AG 15: Wirtschaftliche Zusammenarbeit),
Christian Lenzer (CDU)
 (AG 16: Forschung und Technik),
Klaus Daweke (CDU)
 (AG 17: Bildung und Wissenschaft) und
Bernd Schmidbauer (CDU)
 (AG 18: Umwelt).

Bundestagsdebatte zum Jahreswirtschaftsbericht:

Dynamischer Start in das Jahr 1989

Auch die Polemik der SPD kann die Tatsachen nicht wegwischen: Die deutsche Volkswirtschaft hat 1989 einen guten Start hingelegt. Sie bleibt auch 1989 auf Expansionspfad, die Bundesregierung geht für dieses Jahr von einem Wachstum um 2,5 Prozent aus.

Die wirtschaftliche Dynamik wird von einer sehr hohen Binnennachfrage getragen: Die Kapazitäten sind in vielen Bereichen der Wirtschaft fast völlig ausgelastet, die Unternehmen planen laut Umfragen weitere Investitionen, insbesondere auch Erweiterungsinvestitionen. **Auch die Exporte steigen stark an und geben der Wirtschaft einen kräftigen Schwung, für 1989 werden sie voraussichtlich um 4 bis 5 Prozent wachsen.**

Zu diesen positiven Ergebnissen hat entscheidend die Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung beigetragen. So hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem kürzlich erschienenen Gutachten 1988/89 festgestellt: „Die Finanzpolitik gab der Wirtschaft 1988 einen kräftigen konjunkturellen Impuls.“

Derartige Aussagen hört die SPD nicht so gerne, da sie noch vor Jahresfrist Untergangsszenarien an die Wand gemalt und düstere Weltuntergangsstimmung verbreitet hat. In lebhafter Erinnerung ist noch ihre Wachstumsprognose für 1988 von sage und schreibe 0,75 Prozent! Die deutsche Wirtschaft hörte nicht auf die SPD und expandierte um 3,4 Prozent.

Auch in diesem Jahr präsentiert sich die Konjunktur in guter Verfassung. Der

Bundesverband deutscher Banken schreibt in seinem letzten Konjunkturbericht: „Die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen ist über alle Bereiche des verarbeitenden Gewerbes hinweg äußerst lebhaft. Das gilt gleichermaßen für den Bestelleingang aus dem Ausland wie aus dem Inland. Die Produktion läuft der anhaltend guten Nachfrage entsprechend auf hohen Touren. Die Kapazitäten sind so stark ausgelastet wie seit Anfang der siebziger Jahre nicht mehr.“

Im Exportbereich spricht die Deutsche Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht bereits wieder von einem „Exportboom“. Insbesondere die heimische Industrie verzeichnet derzeit eine Flut von Auslandsbestellungen.

Erfreuliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Diese Entwicklung hat auch erfreuliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Seit Ende 1983 — dem Tiefpunkt in der Beschäftigungsentwicklung — werden wir bis zum Ende dieses Jahres 1,2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze haben. Die SPD, die ständig behauptet, die Bundesregierung tue nichts gegen die Arbeitslosigkeit, muß sich vorrechnen lassen, daß von 1980 bis 1983 rund eine Million Arbeitsplätze verlorengegangen sind und die Arbeitslosenzahl um rund 1,3 Millionen angestiegen ist.

Bis Ende 1989 werden 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze seit 1984 geschaffen werden. Dies hat sich leider nicht in einer größeren Abnahme der Arbeitslosigkeit niedergeschlagen, weil sich die Nachfrage nach Arbeitsplätzen stark erhöht

hat. Die größere Zahl junger Leute, die auf den Arbeitsmarkt drängen, die steigende Zahl von Frauen, die auch aufgrund der guten Konjunktur einen Arbeitsplatz suchen, haben verhindert, daß der Zuwachs an Beschäftigung sich in gleicher Höhe auf die Arbeitslosenzahl ausgewirkt hat.

Fit für Europa

Die Deutsche Bundesbank stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Zahl der Arbeitslosen saisonbedingt von Monat zu Monat zurückgegangen ist — trotz beträchtlicher Zuwanderungen aus Osteuropa und der DDR. Dies alles will die SPD nicht zur Kenntnis nehmen. Sie rennt lieber mit dem demagogischen Schlagwort von der „Massenarbeitslosigkeit“ durch die Lande und fordert zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach wie vor untaugliche, aber teure Strohfeuerprogramme.

Die Bundesregierung dagegen setzt weiterhin auf das Erfolgskonzept der Verbesserung der Rahmenbedingungen. Dies ist insbesondere mit Blick auf die nahende Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 von großer Bedeutung. Denn nur im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähige Unternehmen können Investitionen tätigen und damit Arbeitsplätze schaffen.

Mit alten Rezepten — mehr Steuern, mehr Schulden —, wie sie die SPD vorschlägt und die die Belastbarkeit der Wirtschaft testen wollen, können wir nicht die Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes bestehen. Die CDU-geführte Bundesregierung macht Deutschland fit für Europa.

Um weitere Fortschritte am Arbeitsmarkt zu erzielen, ist es notwendig, daß auch die Tarifpartner flexibler werden. Insbesondere flexible Arbeitszeitmodelle, die sich nicht nur auf Halbtagsarbeitsplätze

STICHWORT

ECU

Der ECU (European Currency Unit) ist eine künstlich geschaffene europäische Währungseinheit und wichtiger Bestandteil des Europäischen Währungssystems. Ein ECU setzt sich zur Zeit aus den nationalen Währungen von zehn EG-Mitgliedstaaten zusammen (nicht Spanien und Portugal), deren Gewichte sich an der Wirtschaftskraft der einzelnen Länder orientieren. Mit rund 35 Prozent besitzt die Deutsche Mark mit Abstand das größte Gewicht. Es folgen der französische Franc mit 19 Prozent und das britische Pfund mit zwölf Prozent. Ein ECU entspricht zur Zeit etwa 2,06 Mark.

Als Rechengröße dient der ECU zwischen den nationalen Notenbanken der einzelnen EG-Länder für den Zahlungsverkehr, außerdem für die Aufstellung des EG-Haushaltes, für die Statistik und für die Festsetzung der Agrarpreise. Als Meßinstrument ist der ECU Maßstab für die Kursentwicklung der beteiligten Währungen. Auch als Anleihenwährung wird der ECU zunehmend wichtiger. Er wird inzwischen auch privat genutzt. In verschiedenen EG-Staaten gibt es beispielsweise Girokonten, Sparbücher, Euroschecks oder Reiseschecks, die auf ECU lauten.

beschränken, können sowohl im Interesse der Betriebe als auch der Arbeitnehmer liegen.

Die marktwirtschaftliche Politik der CDU-geführten Bundesregierung ist auf dauerhaftes Wachstum, auf Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Binnenmarkt und auf Verbesserungen am Arbeitsmarkt angelegt.

Werkstattgespräch „Bundeswehr '89: Sinn, inneres Gefüge, Zukunft“

Die Bundeswehr, ihr inneres Gefüge und ihre Legitimation angesichts sinkender Bedrohungsgefühle standen im Mittelpunkt des Werkstattgesprächs, zu dem der Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik der CDU am 14. Februar 1989 in das Bonner Konrad-Adenauer-Haus geladen hatte. Teilnehmer des Gesprächs waren hochrangige Experten, unter ihnen die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung, Agnes Hürland-Büning, MdB, und der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff.

Das Werkstattgespräch, das vom Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik der CDU, Markus Berger, geleitet wurde, erwies sich dabei als wichtiger Beitrag, die richtigen politischen Antworten auf neue Herausforderungen für die Bundeswehr zu formulieren und Perspektiven für die Zukunft der Bundeswehr als Armee in der Demokratie zu verdeutlichen.

Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus den einleitenden Referaten des Werkstattgesprächs.

Markus Berger, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik:

30 Jahre Wehrbeauftragter, das sind auch 30 Jahre innere Führung der Bundeswehr. Die Bundeswehr selbst ist einige Jahre älter. Es hatte seinerzeit vier Jahre gedauert, bis das Konzept Wirklichkeit

geworden war und der erste Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages durch diesen gewählt worden ist. Dieses Konzept wurde nach den quälenden Debatten um die eigentliche Wiederbewaffnung von allen Parteien getragen. Die damalige Opposition hat demokratische Reife bewiesen, als sie nach der Entscheidung über die Wiederbewaffnung, die gegen ihr Votum gefällt worden war, zur konstruktiven Mitarbeit an der Wehrverfassung bereit gewesen ist.

Kein Franzose, meine Damen und Herren, und kein Brite käme auf den Gedanken, die Notwendigkeit der französischen Armee oder der britischen Flotte erst mit einer akuten Bedrohungslage begründen zu müssen. Doch bei uns fragen viele und manchmal völlig arglos, und ich zitiere das aus einer Einladung der Jungen Union, der ich kürzlich gefolgt bin zu einem Vortrag, die da geschrieben haben: „Brauchen wir noch eine Bundeswehr nach Gorbatschows Glasnost und Perestroika?“ Und kaum einer käme auf den Gedanken, daß Perestroika und Glasnost auch das Ergebnis einer modernen Sicherheitspolitik im Geiste Harmels sein könnten, zu der die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag geleistet hat. Selbst die CDU hat 40 Jahre gebraucht, bevor sie in ihrem Programm feststellte, daß der Lohn für die Dienstbereitschaft unserer Wehrpflichtigen darin besteht, in einem freien Gemeinwesen frei leben zu können.

Ist es hilfreich, wenn der Oppositionsführer von einer Identitätskrise der Bundeswehr spricht, die sich für viele Soldaten „aus dem Verblassen des Feindbildes und des gewandelten öffentlichen Bewußtseins ergeben“? Wer in der SPD

kritisiert noch die stellvertretende Vorsitzende dieser Partei, wenn sie jeden für pervers erklärt, der als Berufsziel „Soldat“ nennt? Die Hauptaufgabe der Gesellschaft, so zur Begründung, sei vielmehr die Abrüstung und von daher sei der Berufssoldat für beide Geschlechter abzulehnen. Warum steht nicht ein Verteidigungspolitiker der SPD auf und erklärt der Dame den Zusammenhang von Verteidigungsbereitschaft und Abrüstungschancen?

Admiral Dieter Wellershoff, Generalinspekteur der Bundeswehr:

Unfrieden und Streit herrschen überall dort, wo unterschiedlich motivierte politische Interessen, Mißtrauen, Neid, Haß zwischen Menschen, Völkern, Staaten ohne Regulativ aufeinandertreffen.

Sollen nicht Willkür und Gewalt das gemeinschaftliche Leben bestimmen, so muß es eine innerstaatliche Friedens- und Freiheitsordnung geben. Sie hat die unveräußerlichen Grundrechte zu schützen, sie muß aber auch eindeutige Grenzen für die individuelle Freiheit setzen, wenn diese die Rechte anderer beeinträchtigen kann.

Im übertragenen Sinne gilt dies genauso für die Staatengemeinschaft und für die Beziehung zwischen den Staaten dieser Erde. Friede setzt den Verzicht auf das gewaltsame Austragen von Konflikten voraus. Friede bedarf des Schutzes, und dazu ist Macht erforderlich. Alle menschliche Erfahrung lehrt, daß die Bewahrung von Recht und Ordnung als entscheidende Voraussetzung für den Frieden in einem Staat wie auch zwischen Staaten ohne Macht nicht denkbar ist. Dabei muß Macht jedoch zwei Voraussetzungen

erfüllen: sie muß legal, und sie muß kontrolliert sein.

In unserem Staat wird die Macht durch die freiheitliche und demokratische Ordnung des Grundgesetzes legitimiert.

Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland schafft die Voraussetzung für die Fortentwicklung und Gestaltung unseres Lebens in der freiheitlichsten aller denkbaren Ordnungen. Sie gewährleistet unser Mitwirken in der internationalen Staatengemeinschaft, das Voraussetzung für unser wirtschaftliches und soziales Wohlergehen ist.

Wir sind in einer Lage, in der die erfolgreiche Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und der Bundeswehr in dieser Allianz dazu beigetragen haben, daß es immer schwieriger wird, die Bürger unseres Landes zu überzeugen, daß wir weiterhin wachsam sein müssen. Und damit

Redeauszüge

wird es auch schwieriger, Belastungen, die mit unserer Sicherheitspolitik verbunden sind, für die Bürger einsehbar zu machen. Ich füge hinzu, nicht nur für die Bürger, auch für unsere jungen Soldaten — die sind auch Bürger.

Ich glaube, daß dies zu einem erheblichen Teil auf einen erschreckenden Mangel an einer soliden, nüchternen politischen Bildung in unserem Lande zurückzuführen ist. Übrigens in allen Kreisen, nicht nur bei dem einfachen Bürger, sondern auch in den sogenannten gehobenen, in den sogenannten intellektuellen Kreisen stelle ich fest, daß das nüchterne Analysieren internationaler Kräfteverhältnisse und Beziehungen, daß der Begriff der Macht völlig abhanden gekommen ist.

Insofern bin ich der Meinung, da wir es zur Zeit vielleicht weniger mit einer

Akzeptanzkrise der Sicherheitspolitik zu tun haben, sondern daß wir uns vielmehr in einer Erklärungskrise befinden. Diese Krise zu beenden, ist meines Erachtens die besondere Aufgabe der Politik.

In dieser Situation kommt es darauf an, daß das mangelnde Verständnis für die Sicherheitspolitik und ihre Mittel nicht schließlich auch noch die grundsätzliche Zustimmung zu den Institutionen untergräbt. Und mit den Institutionen meine ich nicht nur die Bundeswehr. Diese Entwicklung hat nicht nur Einfluß auf die Streitkräfte, sie hat auch Einfluß auf unser bündnispolitisches Profil. Es wird diffus, wenn die Landesverteidigung nicht von einer nationalen Grundgeschlossenheit getragen wird.

Wir selbst können einen erheblichen Beitrag leisten, um zwei Grundvoraussetzungen für mehr Akzeptanz zu schaffen:

Erstens:

Wir Soldaten können helfen, daß die Bürger Vertrauen in die staatlichen Institutionen behalten. Und wir, die Bundeswehr, sind eine. Und wir können dazu beitragen, wie wir mit jungen Menschen umgehen, durch unser Klima, durch unsere Art der Menschenführung, durch unsere Art der politischen Bildung in den Streitkräften. Ich bitte aber, in diesem Zusammenhang auch um eine gewisse Gelassenheit. Denn kein Bürger, den sie fragen, ob er gerne Steuern zahlt, wird Ja antworten. Und genauso wenig erwarte ich von den jungen Grundwehrdienstleistenden, daß sie mit Begeisterung zu den Fahnen eilen.

Zweitens:

Können wir Soldaten helfen, daß nüchterner Sachverstand, daß die sachliche Analyse der realen Kräfteverhältnisse wieder gefragt werden. Vor wenigen Jahren war noch die Angst Chefberater unserer Gesellschaft. Jetzt scheint es die Hoff-

nung zu sein. Aber Hoffnung, die jeden Bezug zur Realität verliert, ist keine gute Grundlage für unsere Sicherheit. Da halte ich es mit Hans Jonas, der vom Prinzip „Verantwortung“ spricht.

Agnes Hürland-Büning, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung:

Ich habe den Eindruck, die Bundeswehr ist für viele für jeden, der etwas davon versteht, aber für sehr viel mehr, die nichts davon verstehen, geeignet, oder sie wird als geeignet angesehen, sich selbst zu profilieren. Ich komme mir manchmal wie eine Fußkranke vieler anderer vor, die nach höheren Ämtern streben. Wenn man gegen die Bundeswehr oder gegen die Politik ist, ist einem die öffentliche Meinung sicher. Wenn man für etwas ist, hat man in der öffentlichen oder veröffentlichten Meinung schon verloren.

Ich soll hier etwas zum inneren Gefüge sagen. Ich habe sehr viele Gespräche mit dem Wehrbeauftragten geführt. Wir sehen das Thema und nehmen es sehr ernst. Aber ich meine, Bundeswehr ist wie Partei, ist wie Kirche, Abbild der Gesellschaft — nicht mehr und nicht weniger. Und ist es denn nicht so, daß wir auch in unserem Alltag, in unserem Betrieb, in der Nachbarschaft, kurz im Umgang miteinander fehlende Nähe, fehlende Gesprächsbereitschaft, das zu wenig Aufeinanderzugehen, das Nichtbereitschaft, Verantwortung für den anderen zu übernehmen, feststellen?

Die Bundeswehr steht, aus welchen Gründen auch immer, in der Diskussion, im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Diese

EG-Umfrage

Dummheit schützt vor Ängsten nicht

Mangel an Information wirkt sich gegen die Europäische Gemeinschaft aus.

Man kann das am Beispiel der Frage illustrieren: „Sehen Sie dem gemeinsamen europäischen Markt eher mit Hoffnungen oder eher mit Befürchtungen entgegen?“ Vergleicht man zwei Bevölke-

rungsgruppen — diejenigen, die sich als gut, und diejenigen, die sich als schlecht über den EG-Binnenmarkt informiert bezeichnen —, so ergeben sich zwei völlig verschiedene Stimmungsbilder. Die Gutinformierten setzen zu 57 Prozent Hoffnungen in die Entwicklung zum EG-Binnenmarkt, die Schlechtinformierten nur zu 27 Prozent. Und während 43 Prozent der Schlechtinformierten Befürchtungen hegen, sind es nur 33 Prozent der Gutinformierten, die mit Vorbehalten dem EG-Binnenmarkt entgegensehen.

Fazit: Information wirkt sich für die Europäische Gemeinschaft aus.

Hoffnungen oder Befürchtungen?

„Einmal ganz allgemein gefragt: Sehen Sie dem gemeinsamen europäischen Markt eher mit Hoffnungen oder eher mit Befürchtungen entgegen?“

	Bevölkerung insgesamt	Über den EG-Binnenmarkt	
		gut informiert	schlecht informiert
(in Prozent)			
Mit Hoffnungen	29	57	27
Mit Befürchtungen	40	33	43
Unentschieden	31	10	30
	100	100	100

Quelle: Institut für Demoskopie, Allensbach

Diskussion und diese Öffentlichkeit ist uns oft nicht hilfreich, ganz im Gegenteil. Den Zustand der inneren Führung kann man sicherlich nicht allein an der Zahl der festgelegten Grundrechtsverletzungen festmachen. Eine Zahl, die im Bericht des Wehrbeauftragten jedes Jahr erscheint, das ist gut so. Das ist so die freundliche Aufforderung an alle, die es noch nicht gut genug gemacht haben, in Zukunft besser zu machen und auch Vorgesetzte aufmerksam zu machen auf Fehlentwicklungen. Im Schnitt ist aber die Anzahl der Grundrechtsverletzungen in dieser Altersgruppe verglichen mit der übrigen Bevöl-

kerung weit unter dem Durchschnitt. Und daher sollten wir stolz darauf sein, daß wir ein solches Ergebnis haben. Wir können nicht zufrieden sein. Der Generalinspekteur sagt es immer wieder: Jede Verletzung ist eine zuviel. Aber wir haben es auch in der Bundeswehr mit Menschen zu tun, wie in der übrigen Bevölkerung auch.

Ich meine, es geht bei der inneren Führung auch um eine sinnvolle Dienstgestaltung, um Sinnvermittlung des militärischen Dienstes. Ich meine aber vor allen Dingen um ein menschliches Miteinander von Vorgesetzten und Untergebenen.

Schule 2000: Fit für Europa

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992/1993 erfordert weitreichende Änderungen im deutschen Bildungswesen. Besonders die Schulen müssen sich im europäischen Vergleich als konkurrenzfähig erweisen. Ihren Beitrag zur Integration Europas sollten sie durch das Vermitteln eines europäischen Bewußtseins in einer Art „europäischer Heimatkunde“ leisten. Dies teilte der Bundessprecher der Schüler-Union, Johannes Kram, mit.

In der Bundesrepublik Deutschland ist eine Verkürzung der Ausbildungszeiten nötig, da die deutschen Schüler und Studenten durch eine Rekordstudiendauer

Für eine Verkürzung der Ausbildungszeiten

und die in Europa fast einmalige 13jährige Schulzeit gegenüber ihren europäischen Mitbewerbern Wettbewerbsnachteile haben werden. Die Schüler Union fordert die Kultusminister auf, die gymnasiale Schulzeit durch die Errichtung einer neuzuschaffenden dreijährigen Mittelstufe ohne Niveaulust zu verkürzen. Sie wendet sich gegen Pseudokürzungen, wie dies etwa durch Ganztagschulen oder die Vorverlegung des Einschulungsalters geschieht.

Eine gemeinschaftliche Bildungspolitik in der EG muß dazu führen, daß die in bestimmten Ländern bewährten Bildungsstrukturen auch in anderen EG-Staaten geschaffen werden. Die positiven Ergebnisse des dualen Ausbildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland müssen auch in anderen europäischen Staaten genutzt werden.

Eine erhebliche Ausweitung der Fremdsprachenerziehung ist notwendig, damit sich die Bürger Europas näherkommen können. Deswegen muß das Erlernen von mindestens zwei lebendigen europäischen Sprachen (Englisch als Pflichtsprache) an allen weiterführenden sowie berufsbildenden Schulen in der EG verpflichtend werden. Der Fremdsprachen-

„Englisch sollte in allen Schulen Pflichtsprache sein und nicht zugunsten anderer lebender Sprachen abgewählt werden können.“

Johannes Kram

unterricht soll bereits mit dem zweiten Grundschuljahr beginnen; die zweisprachigen Kindergärten, Schulen und Studienzweige gerade in Lehramtsfächern müssen in ganz Europa gefördert werden. Zur Verbesserung der Schülerkontakte in Europa fordert die Schüler Union eine verstärkte Unterstützung von europäischen Schüleraustauschprogrammen, Informationsdienste und Seminarangebote der europäischen Institutionen für Schülerzeitungen sowie ein europäisches Schülerparlament.

„Es ist immer ein Wagnis, sich nicht nur auf andere zu verlassen oder auf den Staat, sondern die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Wer diesen Schritt tut, der spürt die scharfen Anforderungen an die persönliche Freiheit, aber auch ihren Lohn, der in der Selbstbestimmung liegt und in einer besonderen Weise der Erfüllung des eigenen Lebens.“

**Richard von Weizsäcker
anlässlich der traditionellen
Meisterfeier in Düsseldorf**

Helmut Kohl – der kompetenteste Europa-Politiker

Von allen deutschen Parteien gilt die Christlich-Demokratische Union als die in europäischen Fragen kompetenteste. Dies ergibt u. a. eine interne Studie, die vom Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung im Vorfeld der Europa-Wahlen 1989 erstellt worden ist. Die Union wurde sowohl 1984 als auch 1988 deutlich mehrheitlich als die Partei eingeschätzt, die sich am stärksten für die europäische Integration einsetzt.

Bei offener Fragestellung — ohne Antwortvorgabe — wurde spontan Bundeskanzler Helmut Kohl als der kompetenteste Europa-Politiker in der Bundesrepublik genannt. Eine Einschätzung, die weit in die FDP- und auch noch in die SPD-Anhängerschaft hineinreicht. Das ist eine große Anerkennung der politischen Leistungen des Bundeskanzlers für Europa und eine gute Grundlage für den beginnenden Europa-Wahlkampf.

Die Anforderungen der Bevölkerung an den idealen Europa-Politiker sind durch zwei verschiedenartige Imageprofile bestimmt: Der ideale Europa-Politiker soll einerseits politischen Weitblick und Ausdauer besitzen, verbunden mit der Fähigkeit, die vordringlichen politischen Probleme auf europäischer Ebene lösen zu können. Andererseits wird ebenso ausgeprägt von ihm erwartet, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland in der EG zu wahren bzw. unter Umständen sich auch gegen „finanzielle“ Belastungen und politische Forderungen der Gemeinschaft durchzusetzen.

„Deutschland am Wochenende“:

Wir suchen aktive Helfer

Unser wichtigstes Instrument im Europawahlkampf 1989 wird „Deutschland am Wochenende“ sein — unsere aktuelle Wochenzeitung. Sie erscheint in zwei Ausgaben:

► **Ausgabe 1** : 2./3. Juni,

unter anderem mit einer umfassenden Kampagne zur Information über die Briefwahl.

► **Ausgabe 2** : 14./15. Juni

Diese Ausgabe kurz vor der Wahl wird uns die Möglichkeit geben, aktuell und kurzfristig auf unvorhersehbare politische Ereignisse und neue Trends in der Wahlwoche zu reagieren.

Im Stil einer modernen Kaufzeitung gestaltet, wird „Deutschland am Wochenende“ die bewährte Mischung aus aktueller politischer Information und Berichterstattung aus Sport und Unterhaltung enthalten. Die Wochenzeitung ist ein nicht mehr wegzudenkendes Instrument im Wahlkampf, weil es letzte Strömungen und Trends informativ und plakativ aufgreifen kann. Der redaktionelle Wahlkampf, wie ihn die Partei führt, kommt in unserer bereits bewährten Zeitung am besten zum Ausdruck.

Regionalausgaben wecken Leserinteresse

Aktuelle Meldungen und Berichte sind für „Deutschland am Wochenende“ eine Selbstverständlichkeit. Doch Leser wollen auch wissen, was bei ihnen in der Region, im Land geschieht.

Deshalb wird es „Deutschland am Wochenende“ in Regionalausgaben geben.

Lebendig, bunt und unterhaltsam wird „Deutschland am Wochenende“ zu den Lesern kommen. Freilich: Die beste Zeitung nützt nichts, wenn sie nicht verteilt wird. Deshalb schon jetzt die Bitte an alle Mitglieder und Freunde der CDU:

Machen Sie mit bei der Verteilung. Opfern Sie ein paar Stunden und werden Sie gemeinsam mit Ihren Parteifreunden aktiv.

Wir wissen: Unsere Stärke im Wahlkampf sind unsere Mitglieder! Pünktlich und zuverlässig brachten sie schon einmal „Deutschland am Wochenende“ — und das bei Eis und Schnee — im letzten

Regionalkonferenz NRW:

Veranstaltungsbeginn um 19.00 Uhr

Die nordrhein-westfälische Regionalkonferenz im Rahmen des Europa-Wahlkampfes am Dienstag, dem 18. April, in der Mercator-Halle in Duisburg beginnt nicht um 17.30 Uhr, wie im letzten Uid mitgeteilt wurde, sondern **um 19.00 Uhr.**

Bundestagswahlkampf in die Haushalte. Diesmal kommt es wieder darauf an, wobei wir einen Vorteil haben: Die Verteilung liegt in schöner Jahreszeit, im Juni.

Melden Sie sich schon jetzt bei Ihrem Orts- und Kreisvorsitzenden, damit die Verteilerorganisation rechtzeitig aufgebaut werden kann. Wir danken schon jetzt allen Mitwirkenden.

**Ihre
CDU-Bundesgeschäftsstelle**

STICHWORT

Europäisches Währungssystem

1979 wurde das Europäische Währungssystem (EWS) innerhalb der EG gegründet. Großbritannien, Griechenland, Spanien und Portugal beteiligen sich nicht am EWS, für Italien gelten Sonderbestimmungen. Ziel des EWS ist die Schaffung einer Zone währungspolitischer Stabilität in Europa und die Verwirklichung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik.

Das EWS stellt feste, aber anpassungsfähige Wechselkurse für die beteiligten Währungen auf. Auf- und Abwertungen können im gegenseitigen Einverständnis vollzogen werden. Während der Kurs der Deutschen Mark beispielsweise gegenüber dem Dollar frei schwankt, sind im EWS grundsätzlich nur Kursschwankungen innerhalb einer Bandbreite von $\pm 2,25$ Prozent (gegenüber Italien ± 6 Prozent) möglich.

Im EWS stehen 58 Milliarden Mark für kurz- und mittelfristigen Währungsbestand zur Verfügung. Diese Gelder sollen schwachen Ländern helfen, ihre Währung in kritischen Lagen zu stützen und durch eigene wirtschafts- und währungspolitische Maßnahmen zu festigen. Um die Inflation in der EG einzudämmen, müssen die Länder mit schwacher Währung den starken Ländern die Mittel, die diese für die Kursstützung einsetzen, zurückerstatten.

Das EWS ist eine Etappe auf dem Weg zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, auf die sich die EG-Mitgliedsländer in der „Einheitlichen Europäischen Akte“ verpflichtet haben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Werbemittel für die Senioren-Union



CDU extra
Senioren Union

Das Alter hat Zukunft

MAKROKOSTEN

Der Bestand von hellen Wägen „Ball Tennis“

In Verbindung mit dem Seniorenpfad der Deutschen Bundesbahn gibt es jetzt die erweiterte „Zustandsgänge, die „Ball Tennis“... Diese Karte, die Preisänderungen bis zu 10 Prozent ermöglicht, ist ein die Fahrkartensystemen effizient.

Seniorenzeitung ist „in“
Die Deutsche Bundesbahn hat auf dem und in der Bundesbahn... wird die Bundesbahn die Senioren... Diese Karte, die Preisänderungen bis zu 10 Prozent ermöglicht, ist ein die Fahrkartensystemen effizient.

Seniorenzeitung ist „in“
Die Deutsche Bundesbahn hat auf dem und in der Bundesbahn... wird die Bundesbahn die Senioren... Diese Karte, die Preisänderungen bis zu 10 Prozent ermöglicht, ist ein die Fahrkartensystemen effizient.

Seniorenzeitung ist „in“
Die Deutsche Bundesbahn hat auf dem und in der Bundesbahn... wird die Bundesbahn die Senioren... Diese Karte, die Preisänderungen bis zu 10 Prozent ermöglicht, ist ein die Fahrkartensystemen effizient.

Seniorenzeitung ist „in“
Die Deutsche Bundesbahn hat auf dem und in der Bundesbahn... wird die Bundesbahn die Senioren... Diese Karte, die Preisänderungen bis zu 10 Prozent ermöglicht, ist ein die Fahrkartensystemen effizient.



Es ist nicht nur nicht so lange her, da wir die Jugend mit uns im Alter saßen. Doch das ist nicht, die von heute sind diese Menschen und die vielen Möglichkeiten, die auch im Alter möglich sind... Die Senioren-Union, eine Verbindung der CDU Deutschlands, ist die einzige Bundespartei, die die Interessen der Senioren-Union... Die Senioren-Union, eine Verbindung der CDU Deutschlands, ist die einzige Bundespartei, die die Interessen der Senioren-Union... Die Senioren-Union, eine Verbindung der CDU Deutschlands, ist die einzige Bundespartei, die die Interessen der Senioren-Union...

Ältere Menschen sollen bei der Auswahl von Produkten... Die Senioren-Union, eine Verbindung der CDU Deutschlands, ist die einzige Bundespartei, die die Interessen der Senioren-Union... Die Senioren-Union, eine Verbindung der CDU Deutschlands, ist die einzige Bundespartei, die die Interessen der Senioren-Union...

CDU extra: „Das Alter hat Zukunft“

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 2109

Broschüre: „Mit uns die Zukunft souverän gestalten“

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 27,— DM
Bestell-Nr.: 5098

Aufkleber: Erkennungszeichen der Senioren-Union

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM
Bestell-Nr.: 9080

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50), **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM, **Einzelpreis** 1,20 DM, **Herstellung:** WVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.